

**Kleine Anfrage**

**des Abg. Emil Sänze AfD**

**und**

**Antwort**

**des Ministeriums für Inneres, Digitalisierung und Migration**

**Amok-Fahrt in Heidelberg am 25. Februar 2017 –  
Zwischenstand der Ermittlungen und Öffentlichkeitsarbeit  
der Polizei in sozialen Medien**

**Kleine Anfrage**

Ich frage die Landesregierung:

1. Welche Erkenntnisse liegen ihr zum jetzigen Zeitpunkt über die Identität des für die Amok-Fahrt in Heidelberg am 25. Februar 2017 Verantwortlichen vor?
2. Welche Anhaltspunkte veranlassten die zuständigen Stellen der Polizei, noch am Tag der Amok-Fahrt einen terroristischen Hintergrund auszuschließen?
3. Liegt bei der Person ein Migrationshintergrund im erweiterten Sinne (vgl. hierzu die Kleine Anfrage des Abg. Emil Sänze AfD, Drucksache 16/468), d. h. liegt bei den Eltern oder Großeltern nach derzeitigem Ermittlungsstand ein Migrationshintergrund vor?
4. Welche Gründe sind neben mangelnder Kooperationsbereitschaft des Verdächtigen gegebenenfalls ursächlich für eine erschwerte Feststellung der Identität der Person sowie deren Motivation für die Tat?
5. Wie bewertet sie den Umgang der für die Öffentlichkeitsarbeit zuständigen Stellen der Polizei in Mannheim/Heidelberg mit Einträgen in sozialen Medien infolge der Amok-Fahrt?
6. Hält sie Twitter-Einträge wie „WTF (What the Fuck) are you talking about?“ (zu Deutsch: „Von was zur Hölle sprichst du?“) im Rahmen offizieller Stellungnahmen der Polizei für angemessen?
7. Welche Beispiele für die vom örtlichen Polizeisprecher angegebenen rassistischen Einträge infolge der Amok-Fahrt in öffentlichen Internet-Foren der Polizei Mannheim/Heidelberg liegen ihr vor?

8. Wie bewertet sie die Praxis bei Polizeidienststellen, für die Öffentlichkeitsarbeit in sozialen Medien auf externe Mitarbeiter zurückzugreifen, die an die Pressestelle angegliedert werden?
9. Welche Vorgaben zur Kommunikationsführung erhalten externe Mitarbeiter der Polizeipressestellen, die insbesondere für Social-Media-Aktivitäten eingeplant sind?

18.04.2017

Sänze AfD

#### Begründung

„Die Mannheimer Polizei bleibt cool“. So titelte eine Nachrichtenseite des SWR im Rahmen der Berichterstattung zur Amokfahrt am Heidelberger Bismarckplatz am 25. Februar 2017. Auf öffentlichen Foren gab es nach Angaben der Pressestelle der Polizei Mannheim hetzerische und rassistische Einträge, denen Mitarbeiter der Pressestelle Antworten wie „WTF are you talking about?“ entgegneten. Angesichts von Ereignissen wie den terroristischen Anschlägen in Nizza, Berlin und Stockholm – jeweils verübt mit einem Lkw – stellt sich die Frage, inwieweit Spekulationen in öffentlichen Foren über ein mögliches islamistisch-terroristisches Tatmotiv derartige Einträge vonseiten der Polizei rechtfertigen bzw. inwieweit derartige Einträge überhaupt mit Standards der öffentlichen Kommunikation staatlicher Stellen vereinbar sind.

Des Weiteren sollen über den aktuellen Ermittlungsstand Informationen eingeholt werden, da die Berichterstattung in den Medien hierzu sehr knapp ausfällt.

#### Antwort

Mit Schreiben vom 19. Mai 2017 Nr. 3-0222/17/1 beantwortet das Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration im Einvernehmen mit dem Ministerium der Justiz und für Europa die Kleine Anfrage wie folgt:

1. *Welche Erkenntnisse liegen ihr zum jetzigen Zeitpunkt über die Identität des für die Amok-Fahrt in Heidelberg am 25. Februar 2017 Verantwortlichen vor?*
2. *Welche Anhaltspunkte veranlassten die zuständigen Stellen der Polizei, noch am Tag der Amok-Fahrt einen terroristischen Hintergrund auszuschließen?*
3. *Liegt bei der Person ein Migrationshintergrund im erweiterten Sinne (vgl. hierzu die Kleine Anfrage des Abg. Emil Sänze AfD, Drucksache 16/468), d. h. liegt bei den Eltern oder Großeltern nach derzeitigem Ermittlungsstand ein Migrationshintergrund vor?*
4. *Welche Gründe sind neben mangelnder Kooperationsbereitschaft des Verdächtigen gegebenenfalls ursächlich für eine erschwerte Feststellung der Identität der Person sowie deren Motivation für die Tat?*

Zu 1. bis 4.:

Das in der Kleinen Anfrage angesprochene Geschehen in Heidelberg am 25. Februar 2017 ist derzeit Gegenstand strafrechtlicher Ermittlungen der Staatsanwaltschaft Heidelberg, die noch nicht abgeschlossen sind. Die Identität des Tatver-

dächtigen konnte gesichert festgestellt werden. Ob und ggf. welche Erkenntnisse zum Tatmotiv gewonnen werden können, bleibt abzuwarten.

Informationen zum Beschuldigten und dessen Identität werden durch die Landesregierung nach sorgfältiger Abwägung zwischen dem Informationsrecht des Abgeordneten und dem Schutz der Grundrechte der betroffenen Person, insbesondere dessen Recht auf informationelle Selbstbestimmung, nicht öffentlich gemacht. Dem Recht auf informationelle Selbstbestimmung kommt als besondere Ausprägung des Persönlichkeitsrechts Verfassungsrang zu (Artikel 2 Absatz 1 des Grundgesetzes – GG – i. V. m. Artikel Absatz 1 GG, vgl. BVerfGE 65, 1 [41 ff.]; 118, 168 [184]; 128, 1 [43, 44]). Einschränkungen dieses Rechts sind nur bei überwiegendem Allgemeininteresse und unter Wahrung des Verhältnismäßigkeitsgrundsatzes zulässig. Das Fragerecht als politisches Kontrollrecht ist grundsätzlich auf die Überprüfung des Verhaltens der Landesregierung gerichtet. Soweit das Verhalten einzelner Personen Gegenstand parlamentarischer Kontrolle sein kann, muss den personenbezogenen Daten eine über den Einzelfall hinausgehende Aussagekraft zukommen. Dies ist bei den Personalien des Beschuldigten nach Auffassung der Landesregierung nicht der Fall.

Im Übrigen sind genealogische Gesichtspunkte im Rahmen des Strafverfahrens grundsätzlich nicht von Belang. Ermittlungen zum Migrationshintergrund der Eltern oder Großeltern eines Beschuldigten sind daher weder im Rahmen der Erhebung der Personalien gesetzlich vorgesehen (vgl. § 111 OWiG) noch entspricht ein solches Vorgehen der gängigen Praxis.

*5. Wie bewertet sie den Umgang der für die Öffentlichkeitsarbeit zuständigen Stellen der Polizei in Mannheim/Heidelberg mit Einträgen in sozialen Medien infolge der Amok-Fahrt?*

Zu 5.:

Die sozialen Medien haben sich zwischenzeitlich auch bei der Polizei zu einem etablierten Kommunikationskanal der Öffentlichkeitsarbeit entwickelt. Durch die aktive Nutzung der sozialen Medien ist es in diesem Fall gelungen, eine Vielzahl von Menschen ohne zeitliche Verzögerung über die Einsatzmaßnahmen der Polizei zu informieren. Vorangegangene Anschlagsszenarien, wie bspw. in Berlin, haben zu einer hohen Sensibilität und damit einhergehend zu einem erhöhten Informationsbedürfnis innerhalb der Bevölkerung geführt. Diesem Bedürfnis konnte das Polizeipräsidium Mannheim mit den Veröffentlichungen in den sozialen Netzwerken, als Ergänzung zu den klassischen Kommunikationskanälen, entsprechen.

*6. Hält sie Twitter-Einträge wie „WTF (What the Fuck) are you talking about?“ (zu Deutsch: „Von was zur Hölle sprichst du?“) im Rahmen offizieller Stellungnahmen der Polizei für angemessen?*

Zu 6.:

Die Polizei Baden-Württemberg hat sich dazu entschlossen, die sozialen Medien im Rahmen ihrer Öffentlichkeitsarbeit zu nutzen. Medienimmanente Regeln und Gepflogenheiten werden hierbei bis zu einem gewissen Grad akzeptiert und beachtet, um einen größtmöglichen Empfängerkreis von polizeilichen Botschaften und Informationen zu schaffen und zu wahren. Dazu gehört auch, dass sich die Polizei in einer weniger formellen Sprache an die Nutzer richtet. Ein förmlicher Sprachgebrauch ist in den sozialen Medien unüblich und hat in der Regel zur Folge, dass die Nutzer entsprechende Auftritte als wenig attraktiv wahrnehmen.

Die verwendete Äußerung „WTF“ ist als Replik oder Spiegelung der von einer vermeintlichen Twitter-Nutzerin verwendeten Worte zu sehen („Is he fuck German. He’s a fucking Muslim. Fuck the lot of them out of the West.“). Diese reagierte damit auf eine Meldung der Dienststelle, wonach ein Opfer verstorben sei und es sich bei dem Tatverdächtigen um einen 35-jährigen Deutschen handle. Nach dem Antwort-Tweet sah diese Nutzerin von weiteren diskriminierenden Kommentierungen ab. Anlassunabhängig gehören entsprechende Formulierungen nicht zum üblichen Sprachgebrauch der Polizei.

*7. Welche Beispiele für die vom örtlichen Polizeisprecher angegebenen rassistischen Einträge infolge der Amok-Fahrt in öffentlichen Internet-Foren der Polizei Mannheim/Heidelberg liegen ihr vor?*

Zu 7.:

Insgesamt besteht bei 12 Sachverhalten der Verdacht der Volksverhetzung, der Üblen Nachrede, der Verleumdung, der Verunglimpfung des Staates und seiner Einrichtungen oder der Beleidigung. Entsprechende Strafanzeigen wurden der Staatsanwaltschaft Heidelberg vorgelegt. Details zu diesen Strafanzeigen sind derzeit Gegenstand strafrechtlicher Ermittlungen der Staatsanwaltschaft, die noch nicht abgeschlossen sind.

*8. Wie bewertet sie die Praxis bei Polizeidienststellen, für die Öffentlichkeitsarbeit in sozialen Medien auf externe Mitarbeiter zurückzugreifen, die an die Pressestelle angegliedert werden?*

Zu 8.:

Die in Baden-Württemberg organisatorisch bei den Stabsstellen Öffentlichkeitsarbeit der regionalen Polizeipräsidien angesiedelte Betreuung der Auftritte wird von dem dortigen Personal gewährleistet. Teilweise sind hiermit auch Mitarbeiterinnen bzw. Mitarbeiter ohne Beamtenstatus (z. B. Angestellte im Tariffbereich) betraut. Der Personalauswahl im Bereich der Betreuung von sozialen Medien liegt ein Anforderungsprofil zugrunde, das die Fähigkeiten im Umgang mit dem Medium und den damit zusammenhängenden Tätigkeiten in den Vordergrund stellt. Negative Erfahrungen durch den Einsatz von Mitarbeiterinnen/Mitarbeitern, die nicht dem Polizeivollzugsdienst angehören, sind nicht bekannt. Vielmehr stellen diese auch in diesem Bereich eine willkommene Entlastung des Polizeivollzugsdienstes dar.

*9. Welche Vorgaben zur Kommunikationsführung erhalten externe Mitarbeiter der Polizeipressestellen, die insbesondere für Social-Media-Aktivitäten eingeplant sind?*

Zu 9.:

Die Art und Weise der Kommunikation mit der Öffentlichkeit obliegt den regionalen Dienststellen. Analog zu anderen Bereichen der polizeilichen Öffentlichkeitsarbeit, gibt es hinsichtlich der Kommunikationsführung auch in den sozialen Netzwerken keine Vorgaben seitens des Ministeriums für Inneres, Digitalisierung und Migration Baden-Württemberg. Auch Mitarbeiterinnen/Mitarbeiter der Stabsstellen Öffentlichkeitsarbeit, die nicht dem Polizeivollzugsdienst angehören, werden bei Neuzugang regelmäßig in alle Aufgaben und Arbeitsabläufe der Stabsstellen eingewiesen und erhalten so auch die notwendigen Kenntnisse über den Sprachgebrauch der Polizei gegenüber der Öffentlichkeit.

Strobl

Minister für Inneres,  
Digitalisierung und Migration